

Statement für ein Minarett-Verbot in der Schweiz



Mit einem unglaublichen Eifer setzen sich selbsternannte «Gutmenschen» gegen die «bösen» Minarett-Plakate zur Wehr – wo, um Himmels Willen, bleibt dieser Eifer bezüglich der Bekämpfung der Gräueltaten, welche jeden Tag, im Namen des Islams, an Männern, und vor allem an Frauen und Mädchen begangen werden?

(Von [Barbara Keller-Inhelder](#), Foto links)

Als Frau, die das Glück hatte, in einer liberalen Familie mit viel Freiheit und offener Kommunikation aufzuwachsen, erschüttern mich die regelmässigen Berichte über die negativen Erscheinungen des Islamismus, über die Beschneidung bzw. Verstümmelung von Mädchen und Frauen, über Blutrache, über Steinigungen von so genannten Ehebrecherinnen (die auch als Ehebrecherinnen gelten, wenn sie vergewaltigt worden sind), über Zwangsheiraten, und generell über die zahllosen Beispiele von Unterdrückung von Mädchen und Frauen. Wer solches, bei jeder konkreten Diskussion über den Islam, verharmlosen oder ausblenden will, handelt verantwortungslos und ist auf einem Auge blind.

Ich kann beim besten Willen nicht nachvollziehen, wie sich ausgerechnet Christdemokraten und Sozialdemokraten, und vor allem auch deren weibliche Exponentinnen, für Minarett-Türme, das Gebietseroberungssymbol des Islams und für das Kopftuch,

das Symbol für persönliche Unterwerfung und Zweitrangigkeit, einsetzen.

Das heftig diskutierte Plakat des Initiativkomitees stellt eine nüchterne Tatsache und einen Zusammenhang dar, nämlich, dass die radikalen, fundamentalistischen Muslime, diejenigen die ihre Frauen und Töchter verhüllen, auf Minarett-Türmen bestehen. Alle anderen kommen nämlich in der Schweiz seit Jahrzehnten sehr gut ohne die Gebietseroberungssymbole aus. Dies ist unter anderem auch daraus ersichtlich, dass die hundertfünfzig Moscheen in unserem Land während der letzten Jahrzehnte bis auf zwei – und bis vor kurzem – auch bestens ohne die Türme ausgekommen sind.

Wie kann es sein, dass von den christdemokratischen und sozialdemokratischen Minarett-Befürwortern keiner irritiert (und beunruhigt...) ist, dass die, vor dem Bau, doch so ausgesprochen friedlich auftretenden muslimischen Minarett-Erbauer in Wangen bei Olten, kaum dass der sechs Meter hohe Turm stand, bereits bei der Einweihung, die Fahne der rechtsextremen, nationalistischen türkischen Partei «Graue Wölfe» hissten? Und als die Behörden baten, diese herunter zu nehmen, die muslimischen Einwanderer das eiskalt ablehnten? Die Behördenvertreter blieben der Feier fern, weitere Folgen hatte das absolut inakzeptable und schlicht unerhörte Verhalten keine.

Grundrechte für Männer und Frauen

Als Mitglied der Legislative erachte es als unsere Pflicht, keine reaktionären, rückständigen Zustände und Praktiken in unser Land zu importieren, nachdem wir selber, nach ebenfalls traurigen historischen Kapiteln, heute einen Stand erreicht haben, der an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wohl weltweit unübertroffen ist. Es ist zu hoffen, dass die aufgeregten Diskussionen über Plakatsujets abbrechen und sich auch die selbsternannten «Gutmenschen» auf die wesentlichen Fragen wie Grundrechte für Männer und für Frauen, die körperliche

Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit der hiesigen Bevölkerung konzentrieren. Auch wenn das natürlich weitaus schwieriger und unbequemer ist, als einfach – einmal mehr – lauthals über die SVP herzuziehen.

Und abschliessend: Von muslimischen Religionsangehörigen in unserem Land erwarte ich glasklares, lautstarkes und öffentliches Engagement gegen alle grausamen, menschenverachtenden Gepflogenheiten, welche im Namen des Islams begangen werden. Das vermisse ich nämlich ganz gehörig, ich höre ihren Widerstand (bis hin zu Morddrohungen) nur, wenn der Islam in einer Karikatur dargestellt wird, oder wenn das Komitee für ein Minarettverbot ein nicht genehmes Plakat aufhängt.

» barbara@keller-inhelder.ch

(Erschienen in der „[Schweizerzeit](#)“ Nr. 27 vom 13.11.2009)

Christenverfolgung hat einen Namen: Islam!



Am Mittwoch, dem 18.11.2009, fand in der Politischen Akademie der ÖVP eine Podiumsdiskussion zum Thema „Christenverfolgung im Vorderen Orient“ statt. Die Veranstaltung war rege besucht: Viele Österreicher sowie ägyptisch-stämmige Kopten, die sich ganz besonders über den Besuch von Pater Athanasios, dem Vorsitzenden der Koptischen Gemeinde in Griechenland, freuten

und via Internet die Veranstaltung samt Simultanübersetzung in die ganze Welt trugen.

Der Vorsitzende des Akademikerbundes, Dr. Franz Fiedler, stellte zu Beginn der Veranstaltung die Frage, weshalb „wir über Christenverfolgung im Vorderen Orient sprechen, wo die Christen weltweit verfolgt werden.“ Der Vordere Orient ist die Urheimat der Christen. Und seit der brutalen Eroberung dieser Gegend durch den Islam hat die Christenverfolgung einen Namen: Islam. Nur diese Religion unterdrückt und verfolgt alle Andersgläubigen.



Fiedler (Foto l.) meinte zum Abschluß seiner Einleitung: „In Islamischen Ländern findet die Segregation des Christen statt, während in Europa die Integration versucht wird.“ Nachdenklich stimmte, dass trotz vorheriger Drohungen per e-mail kein einziger Muslim bei dieser Veranstaltung auftauchte. Vielleicht war klar, dass sie hier nicht punkten würden.

Hier der [Veranstaltungsbericht](#) der politischen Akademie der ÖVP:

Franz Fiedler, Präsident des Akademikerbundes, bedauerte, dass im Vorderen Orient, der Wiege des Christentums, heute ein aggressiver und politischer Islam die christliche Minderheit radikal diskriminiere und quantitativ schon beinahe zur Gänze vertrieben hätte. Fiedler forderte die in Österreich lebenden Muslime auf, sich mit den verfolgten Christen in ihren Heimatländern zu solidarisieren. Christen hätten ein Recht, so gastfreundlich im Orient behandelt zu werden wie die Muslime in Österreich, wo sie eine anerkannte

staatliche Religionsgemeinschaft sind.



Emanuel Aydin, Chorepiskopos der syrisch-orthodoxen Kirche in Österreich, verwies auf die Tatsache, dass Christen in arabischen Ländern als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden und dass dies ein massiver Verstoß gegen die Menschenrechte sei. Die syrisch-aramäische christliche Gemeinde bilde die Stätte des historischen Urchristentums: „Jesus hat aramäisch gesprochen.“ Jeder vertriebene Christ aus dieser Gegend sei einer zuviel, so der engagierte Chorepiskopos, der stolz darauf ist, dass sich die syrische Gemeinde in Österreich vorbildlich integriert habe. Aydin forderte mehr Solidarität der europäischen Christen mit ihren arabischen Glaubensbrüdern ein.

Kulturellen Genozid stoppen



Dramatische Worte fand Pater Athanasios, Vorsitzender der Koptischen Gemeinde in Griechenland. „Christen dürfen sich nie daran gewöhnen, dass Kirchen brennen und Kinder im Orient zwangsislamisiert werden.“ Muslime und Araber, denen das Konzept der Trinität und die jüdisch-christliche Diversität fremd sei, müssten endlich den kulturellen Genozid an den Christen stoppen. In Ägypten zerstöre der radikale Islam die Essenz der christlichen Gemeinschaft. Zur Zeit kämpfe die christliche Minderheit in Ägypten schlicht um ihr Überleben. Das sei keine Dramatisierung, sondern eine Tatsachenbeschreibung.

Politik und Religion trennen



Christine Schirmacher, Islamwissenschaftlerin, betonte, dass nicht der Islam als Religion das Problem sei, sondern es erst durch die Verbindung von Politik und Religion Schwierigkeiten gebe. Der Islam als Gesetzesreligion müsse endlich eine rechtstaatliche Tradition entwickeln und sich reformieren. Liberale Muslime, die es gebe, die derzeit aber massiv unterdrückt werden, sollten von Europa besonders gefördert und unterstützt werden. Schirmacher fand auch kritische Worte für die europäischen Bürger. Zu lange sei das Thema Christenverfolgung von den Europäern ausgeblendet und ignoriert worden. Auch hier in Europa gebe es Drohungen gegen Konvertiten und Moslems, die aus dem Islam austreten wollen. Das sei inakzeptabel, da in Europa Religionsfreiheit herrsche und diese unverhandelbar sei. Ein europäischer Islam müsse akzeptieren, dass man auch aus dem Islam austreten kann.



Der Altphilologe Efrem Yildiz betonte, dass Christen seit Beginn ihres Bekenntnisses der Verfolgung ausgesetzt seien. Verfolgung sei immer ein Zeichen des Hasses. Er forderte eine historisch kritische Lesart für den Koran und neue hermeneutische Auslegungen für dieses heilige Buch. Auch das Judentum und das Christentum hätten von historisch kritischen Texteditionen profitiert. Wesentlich für ein Ende der Christenverfolgung sei, dass die Muslime Christen verstehen. Heute sei der interkonfessionelle Dialog im wesentlichen nur ein Monolog. Für einen ewigen Frieden brauche es aber Respekt von beiden Seiten

Dr. Andreas Unterberger, Moderator der Podiumsdiskussion,

schreibt [auf seinem Blog](#):

✘ *Ich habe selten eine so dichte Veranstaltung erlebt: Gedränge, Emotionen, Betroffenheit. Thema: die heutigen Christenverfolgungen, die gewaltige Dimensionen angenommen haben, die nach seriösen Studien die größten der Geschichte sind. Und die bei uns in einem Ausmaß verdrängt werden, das wahrscheinlich nur noch psychiatrisch komplett analysiert werden könnte.*

Nur ganz wenige der trockenen Fakten: Von China bis Lateinamerika sind 230 Millionen Christen aus politischen, kulturellen oder religiösen Gründen verfolgt. Im Vorjahr sind in einem indischen Bundesstaat mindestens 500 von ihnen bei religiösen Unruhen umgebracht worden. In Nordkorea sind sie offiziell für vogelfrei – also jederzeit durch jeden tötbar – erklärt worden.

Am schlimmsten aber geht es in den islamischen Ländern zu: Aus dem Irak ist nach zahllosen gezielt gegen sie gerichteten Terroraktionen die Hälfte der rund 800.000 Christen geflüchtet; lediglich im kurdischen Norden können sie halbwegs sicher leben. In Ägypten genügen ein paar Medienberichte über Schweinegrippe und schon gibt es Pogrome gegen die Schweinefleisch essenden Kopten. Athanasios Henein, Oberhaupt der koptischen Exil-Gemeinde in Griechenland, spricht von einem „kulturellen Völkermord“.

Noch erschütternder sind die Berichte über Einzelschicksale. Etwa über einen in Mossul entführten Pater, für den die Gemeinde hohes Lösegeld gezahlt hat – und der dann trotzdem enthauptet und verstümmelt retourniert worden ist. Oder über die im Ägypten soeben zum Tod verurteilten Männer einer christlichen Familie. Oder über die Entführungen christlicher Mädchen, die islamisch zwangsverheiratet werden.

Am erschütterndsten ist aber das, was in Europa stattfindet: Die totale Verdrängung dieser Christenverfolgungen. Kaum wird

das Thema angeschnitten, bekommen es Politiker und auch einige Kirchenmänner mit der Angst zu tun: Aber bitte ja nichts sagen, was die Islamische Glaubensgemeinschaft provozieren könnte. Außerdem glauben wir ja alle an Abraham.

Ruhig zu bleiben fällt freilich schwer. Der zentrale Vorwurf an den Islam lautet nämlich: In keinem islamischen Land ist es möglich, seinen Glauben frei zu wählen – mit Ausnahme eben der islamischen Religion. In neun Ländern wird der Abfall vom Islam sogar mit dem Tod bestraft. Fragt man aber – auch angeblich liberale – Vertreter der hiesigen islamischen Glaubensgemeinschaft nach der Religionsfreiheit, fragt man, ob nicht im 21. Jahrhundert jeder das Recht haben müsse, auch einen anderen Glauben als die islamische Religion zu wählen, dann bekommt man viele Worte, aber keine Antwort. Keiner sagt: Ja dieses Recht gibt es; und wenn Regierungen es beschneiden, dann verurteilen wir das. Und die ehrlichen sagen: Nein, der Koran verbietet Glaubensabfall.

Womit eigentlich schon fast alles gesagt ist über das ganze Gerede von islamisch-christlichem Dialog. Der Islam ist eine Religion der direkten Machteroberung, der totalen Verquickung von Staat und Religion, der Kampfbereitschaft, die keinen Millimeter Platz für Toleranz oder Freiheit gibt. Was mit Hunderten ungeschminkten Zitaten belegbar ist, was im Grund kein Moslem leugnet.

Heißt das, dass das Christentum mit seinen weichen Werten wie der Nächstenliebe dagegen langfristig untergehen muss? Nicht unbedingt. Das Christentum ist in der Geschichte schon aus total aussichtslosen Positionen (wegen äußerer Attacken oder innerer Verkommenheit) neugestärkt wiedererstanden. Wahrscheinlich ist das laizistisch-antireligöse Element noch viel mehr bedroht. Das aber trotzdem den eigenen Untergang mit Frontalattacken gegen das relativ harmlose Kreuz in der Schule oder für die potentiell gesellschaftszerstörende Homo-Ehe vehement vorbereitet.

Kommt man vollgepackt mit diesen Eindrücken heim, kann man – natürlich – im ORF noch kurz bei der passenden Debatte vorbeischaun. Thema Kreuz in der Schule; Besetzung wie üblich: Vier militant Linke agitieren aggressiv gegen zwei Kreuzverteidiger (und eine eher neutrale Muslimin).

Gleichzeitig bin ich noch nie im Leben im ORF auf eine Sendung gestoßen, in der einmal deutlich die massive Verletzung fast aller globalen Grundrechte durch den politischen Islam herausgearbeitet worden wäre (den die evangelische Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher zu Recht als die viel größere und nachhaltigere Bedrohung im Vergleich zum terroristischen Islam herausgearbeitet hat).

Das Defizit klafft aber bei fast allen westlichen Medien: Überall findet die Unterdrückung der Tibetaner oder einiger Indianerstämme am Amazonas ein weit größeres Echo als die Unterdrückung der Christen im Nahen Osten. Obwohl uns dieser geographisch näher ist, obwohl uns die dortigen Christen vielleicht doch auch kulturell näher stehen.

Ja, und auch das sei gesagt: obwohl in Hundert Jahren, wenn uns die Demographie ein mehrheitlich islamisches Österreich und Deutschland beschert hat, auch unseren Nachfahren ein ähnliches Schicksal droht. Man mache sich nur bewusst, dass vor Mohammed die Christen in vielen Regionen des Nahen Ostens die eindeutige Mehrheitsbevölkerung waren. Was nichts daran geändert hat, dass sie heute vielerorts total ausgerottet worden sind.

Was auch nichts daran ändert, dass von vielen oberflächlich gebildeten Europäern zu dem Themenkomplex nur die Antwort kommt: "Ja, aber die Kreuzzüge!" Sie ignorieren mit diesem Argument, dass man nicht 900 Jahre alte Taten mit der Gegenwart aufrechnen kann. Und sie ignorieren, dass damals die Christenheit eine Rückeroberung eines urchristlichen Gebiets versucht hat. Wenn auch die Methoden grausam waren, hat mir noch nie jemand erklären können, was eigentlich der Unterschied ist zwischen dem letztlich missglückten

Versuch, Jerusalem zurückzuerobern, und dem geglückten Versuch, 1944 Paris von den Nazis zurückzuerobern.

Schon heute verlangt nach einer neuen Studie die Mehrheit der hiesigen Moslems ein Einfließen der Scharia in das österreichische Recht. Wie lange werden eigentlich noch die feigen Weichspüler in Kirche wie Politik und die kulturell entwurzelten Laizisten die wirklichen Realitäten verdrängen? Wie lange werden wir noch islamische Religionslehrer dafür bezahlen, dass sie dem politischen Islam den Weg bereiten?

Ein erster Anfang ist es immerhin, dass Akademikerbund und Politische Akademie es gewagt haben, die Christenverfolgungen zu artikulieren. Und damit auch den hier lebenden orientalischen Christen einen Andockplatz gegeben haben.

Nachträgliche Ergänzung: Und im übrigen empfiehlt sich ein Blick auf einen von einem User zugesandten [Video-Link](#).

» pro-medienmagazin: [Schirmmacher: Christenverfolgung wird ignoriert](#)

(Gastbeitrag von ESW, Wien)

Immer häufiger Brutalität gegen Polizeibeamte



"Wie erklären Sie sich dieses hohe Maß an Ablehnung?
Haben Ihre Eltern vielleicht zuwenig mit Ihnen gekuschelt?"

(Karikatur: [Wiedenroth](#))

Ermittlungen gegen Sarrazin eingestellt



Das Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung gegen Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin ist eingestellt worden, teilte die Staatsanwaltschaft Berlin am Freitag mit. „Diese Vorwürfe haben sich nach der staatsanwaltlichen Auswertung des Interviews nicht bestätigt“, hieß es. In dem Gespräch mit der Kulturzeitschrift „Lettre International“ habe Sarrazin „weder zum Hass oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen aufgerufen“.

Vor diesem Hintergrund wird [Poseners Videokommentar](#) noch lächerlicher. [Mehr...](#)

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

Major Nidal Hasan ist ein Terrorist, kein Irrer



Major Nidal Malik Hasan (Foto), der in Fort Hood [13 Kameraden erschoss](#), ist mehr als ein durchgeknallter Soldat, der Amok gelaufen ist und zufälligerweise Moslem war – seine Tat war Dschihad und ein terroristischer Akt. Die Nachforschungen haben ergeben, dass Hasan seine Tat wohl [seit Jahren geplant](#) hat.

Bereits im Juni 2007 hielt er einen Vortrag unter dem Titel: „Islam, die vollständige Unterwerfung, die von Allah und Mohammed verlangt wird und die Bedrohungen, denen das amerikanische Militär gegenüberstehen könnte durch Moslems, die durch das Kämpfen in moslemischen Ländern in einen Konflikt geraten.“

Barry Rubin vom „Global Research in International Affairs Center“ ([GLORIA](#)), der den Fall untersucht, hat sich die für den Vortrag verwendete Präsentation angesehen und zieht daraus konkrete Schlüsse für die Horrortat am 5. November. Seit 2007

muss Major Hasan, der ein treuer Anhänger des Korans war und einen palästinensischen Migrationshintergrund hat, sich überlegt haben, wie sein Plan am besten in die Tat umzusetzen wäre. Hasan glaubte offensichtlich, nur dann ein guter Moslem sein zu können, wenn es ihm gelang, amerikanische Soldaten zu töten.

Das zentrale Thema der Präsentation war, dass Moslems nicht in einer ungläubigen Armee gegen andere Moslems kämpfen dürfen. Um dies zu beweisen, führte er zahlreiche Koranzitate an. Ein anderes Thema war, dass es die Pflicht aller Moslems sei, jene, die Moslems angreifen und unterdrücken zu bekämpfen. Präsentationsbild 40 zitiert aus dem Koran: „Allah verbietet euch... gütig und gerecht umzugehen“ mit denen, die Moslems bekämpfen – so wie die US-Armee es tut.

Zudem hatte Hasan E-Mail-Kontakt zu einem radikalen Hassprediger im Jemen, der sich für das Töten amerikanischer Soldaten aussprach und den „Krieg gegen den Terror“ als „Krieg gegen die Moslems“ bezeichnete und [unterstützte die Al Kaida](#).

Das bestätigte jetzt ein Offizieller der höchsten Geheimhaltungsstufe den ABCnews. Er zitierte aus 18 E-Mails zwischen Dezember 2008 und Juni 2009, die der Militär-Psychiater an den islamistischen Hassprediger und Anwerber für die Terrorgruppe, Anwar al-Awlaki, schrieb: „Ich kann es kaum erwarten, mich euch im Jenseits anzuschließen.“

Oberstleutnant Tony Shaffer, ein Analyst der Militärischen Abwehr: „Das hört sich wie ein Code an.“ Und weiter: „Entweder hat er sich tatsächlich angeboten oder er hatte bereits den Entschluss gefasst.“

Andere E-Mails enthielten auch Fragen, erklärte ein Ermittler. So erkundigte sich Hasan, wann der Heilige Krieg angebracht und ob das Töten Unschuldiger bei einem Selbstmordanschlag erlaubt sei.

Hasan schrieb Awlaki ebenfalls, dass er es kaum erwarten

könne, im Jenseits mit ihm über alkoholfreien Wein zu diskutieren.

Dass Hasan „Allahu Akbar“ beim Ermorden seinen Kameraden schrie ([PI berichtete](#)), wäre ja an sich schon Beweis genug gewesen.

Nichts desto Trotz beharren Moslem-Versteher darauf, dies hätte alles nichts mit dem Islam zu tun und fürchteten gewalttätige Gegenreaktionen gegen Mitglieder der Friedensreligion – [wie bösesartiges Kopftuchzupfen](#) zum Beispiel.

Neue Erkenntnisse in Fall Hasan:

[flash

http://video-cdn.abcnews.com/091112_gma_thomas_embed.flv]

(Spürnase: wolfi)



Russischer Priester in der eigenen Kirche getötet



Der russisch-orthodoxe Priester und Islamkritiker Daniil Sysojew (Foto l.) wurde am Donnerstagabend in seiner eigenen Moskauer Kirche (Foto r.) von einem maskierten Mann [mit tödlichen Schüssen in Brust und Kopf getroffen](#). Der 35-Jährige erlag noch im Krankenwagen seinen schweren Verletzungen. Die Ermittler gehen von einem religiösen Motiv aus, da Pfarrer Sysojew offen auch mit einem [Blog im Internet](#) gegen den Islam Stellung bezog.

Er versuchte sogar, Muslime zum christlichen Glauben zu bekehren. Sysojew war wegen seiner kritischen Äußerungen gegenüber dem Islam schon mehrfach bedroht worden. Ein moslemischer Journalist klagte ihn letztes Jahr wegen Beleidigt-Seins an. Der Pfarrer soll den Islam als „grüne Plage“ bezeichnet haben. Der russisch-orthodoxe Patriarch Kirill in Moskau stellte sich damals aber hinter Sysojew.

» Weitere Informationen zu Sysojew und seinem Tod finden Sie auf dem [Hagia-Sophia-Blog](#).

Pfarrer Teller: Beichte ohne

Reue



Der katholische Stadtdechant von Leverkusen, [Pfarrer Heinz-Peter Teller](#) (r.), wurde vom Erzbischof von Köln, Kardinal Meisner (l.), zu einer Stellungnahme zu seiner Kampagne gegen pro NRW aufgefordert. PI liegt nun [die Antwort des Kirchenmannes](#) vor, die an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten ist.

In seinem Aufruf, der monatelang nach seinen eigenen Aussagen „in allen Kirchen und Institutionen Leverkusens“ auslag ([PI berichtete](#)), wird dazu aufgefordert, „dies nicht tatenlos hinzunehmen.“ Pfarrer Teller gibt sich ahnungslos:

„Auch weiß ich nicht, welche Sachbeschädigungen, Überfälle oder Körperverletzungen angesichts der Äußerungen des Bündnisses Frau X. meint.“

Hat Teller wirklich keine Ahnung davon, dass es regelmäßig massive Belästigungen, Angriffe und Straftaten gegen pro NRW gegeben hat? Dass kein Infostand von pro NRW ohne Polizeischutz stattfinden konnte? Dass es [Angriffe gegen Infostände](#) gegeben hat, bei denen pro-NRW-Mitglieder [verletzt wurden](#)? Dass es wiederholt massive [Anschläge](#) gegen die Rechtsanwalts-Kanzlei Beisicht in Leverkusen gegeben hat? Dass in Radevormwald bei einer Wahlkundgebung von pro NRW [bürgerkriegsähnliche Zustände](#) geherrscht haben?

Stadtdechant Teller meint weiter abwiegelnd, dass zwei Unterzeichner des Bündnisses der linken Szene angehören, die

aber nie das Wort führten und einfach der Einladung des Oberbürgermeisters von ihrer Seite aus gefolgt seien. Tatsache ist aber, dass zahlreiche linke und linksextreme Organisationen in diesem Bündnis mit federführend waren: Funktionäre von Bündnis90/Die Grünen, der SPD, der Partei die Linke, einem Angehörigen der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, der DKP und der Antifaschistischen Aktion Leverkusen – und von Gewerkschaftsfunktionären.

Dieser Aufruf ist übrigens immer noch online – [auf einer Seite des Erzbistums Köln](#) (!). Verantwortlich für diese Seite zeichnet ein Gewerkschaftsfunktionär: V.i.S.d.P.: Andreas Kossiski, DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln.

Pfarrer Teller weiter in seinem Brief:

„Ja, ich bin überzeugt, dass man nur so eine Chance hat, Moslems das Evangelium zu verkünden.“


Nun würde uns interessieren, wann und wo Pfarrer Teller dies getan hat und tut.

» heinz-peter.teller@pfarrverband-opladen.de

» info@erzbistum-koeln.de



Sie prügeln, bis das Blut spritzt und noch weiter

 In Zürich werden jedes Wochenende Menschen von „Südländern“ fast zu Tode geprügelt, besonders in jenen Teilen der Stadt, wo hunderte Bars und Diskotheken die ganze Nacht geöffnet

haben und viel Alkohol im Spiel ist. Die Täter sind junge Männer mit Migrationshintergrund, die in Sätzen wie „Hey Mann, was guckst du? Willst du Stress, Alter?“ kommunizieren.

Sie schlagen und treten weiter auf die Opfer ein, auch wenn diese bereits vor Schmerz schreiend am Boden liegen. Das schlimmste daran: [Die Stadt hat sich an diese Brutalität gewöhnt.](#)

Eines der im Videobeitrag gezeigten Opfer hatte Glück. Eine junge Frau ging dazwischen, als die Täter dem Mann eine Bierflasche über den Kopf zogen und unablässig mit den Füßen auf den am Boden liegenden eintraten. Die Mutigen, die eingreifen, werden jedoch immer weniger. Die Wegschauer nehmen zu. Die Gewalt ist zum Alltag geworden. Polizei und Sanitäter räumen auf.

Lernen wir den Präsidenten von Europa kennen



Herman Van Rompuy.

Gewöhnen Sie sich an den Namen. Er ist der erste Präsident der Europäischen Union, die mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon von allen 27 EU-Mitgliedsstaaten, Anfang November verwandelt wurde in die echten [Vereinigten Staaten von Europa](#).

(Von Paul Belien, Originaltext: [Meet the President of Europe](#),
Übersetzung: LIZ/[die-gruene-pest.com](#) für PI)

Der Präsident von Europa wurde nicht gewählt, er wurde in einem geheimen Treffen der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten ernannt. Sie wählten einen der ihnen. Herman Van Rompuy war zuvor Ministerpräsident von Belgien. Ich kannte ihn, als er gerade, etwas widerstrebend, seine politische Karriere begann.

Um Herman verstehen zu können, muss man etwas über Belgien, einem kleinen Land in Westeuropa und dem Prototyp der EU, wissen. Die Belgier gibt es nicht als eine Nation. Belgien ist ein künstlicher Staat, von internationalen Kräften im Jahre 1830 erschaffen, als Ergebnis eines politischen Kompromisses und Experiments. Das Land besteht aus sechs Millionen Niederländern, die in Flandern leben, der nördlichen Hälfte des Landes, und vier Millionen Franzosen, die in Wallonien leben, der südlichen Hälfte. Die belgischen Niederländer, auch Flamen genannt, hätten es wohl vorgezogen, Teil der Niederlande zu bleiben, was sie bis 1830 waren, während die belgischen Franzosen, Wallonen genannt, es vorgezogen hätten, sich Frankreich anzuschließen. Stattdessen wurden sie gezwungen, gemeinsam in einem Staat zu leben.

Die Belgier mögen ihren Staat nicht. Sie verachten ihn. Sie sagen, er stellt nichts dar. Es gibt keine belgischen Patrioten, weil niemand bereit ist, für eine Fahne, die für nichts steht, zu sterben. Da Belgien nichts repräsentiert, lieben die multikulturellen Ideologen Belgien. Sie sagen, dass es ohne Patriotismus keine Kriege gäbe und die Welt ein besserer Ort wäre. John Lennon sang damals *„Imagine there's no countries, it isn't hard to do, nothing to kill or die for, and no religion too.“*

Im Jahr 1957 standen belgische Politiker an der Wiege der Europäischen Union. Es war ihr Ziel, ganz Europa in ein Groß-Belgien zu verwandeln, so dass Kriege zwischen den Völkern

Europas nicht mehr möglich wären, da es keine Nationen mehr gäbe, die alle in einem künstlichen Superstaat aufgehen würden.

Ein genauerer Blick auf Belgien, dem Versuchslabor für Europa, zeigt jedoch, dass dem Land mehr fehlt als Patriotismus. Es fehlt ihm auch an Demokratie, der Achtung vor der Rechtsstaatlichkeit und der politischen Moral. Im Jahr 1985 behauptete der verstorbene flämische Philosoph Lode Claes (1913-1997), in seinem Buch „De Afwezige Meerderheid“ (Die fehlende Mehrheit), dass es ohne Identität und einem Gefühl für die echte Nation, auch keine Demokratie und keine Moral geben kann.

Einer der Menschen, die stark beeinflusst waren von der Arbeit von Dr. Claes, war ein junger Politiker namens Herman Van Rompuy. In der Mitte der 80er-Jahre war Van Rompuy, ein konservativer Katholik, geboren im Jahr 1947, in der Jugendorganisation der flämischen Christlich Demokratischen Partei aktiv. Er schrieb Bücher und Artikel über die Bedeutung traditioneller Werte, die Rolle der Religion, dem Schutz des ungeborenen Lebens, die christlichen Wurzeln Europas und die Notwendigkeit, sie zu bewahren. Der undemokratische und unmoralische Charakter der belgischen Politik stieß ihn ab und führte zu einer Art Krise des Gewissens. Lode Claes, der kurz davor war in den Ruhestand zu gehen, gab ihm die Gelegenheit, sein Nachfolger als Direktor von „Trends“ zu werden, einem belgischen finanzökonomischen Wochenmagazin. In diesem Zusammenhang machte ich die Bekanntschaft von Herman. Er lud mich eines Tages zum Mittagessen ein, um mich zu fragen, ob ich ein Angebot, in den Journalismus zu gehen, annehmen würde, ob ich bereit sein würde, mich ihm anzuschließen. Er erzählte mir bei dieser Gelegenheit, dass er darüber nachdachte, sich aus der Politik zurückzuziehen und wog die Optionen für eine berufliche Karriere ab, die er verfolgen würde.

Ich bin jedoch nicht sicher, was danach geschah. Vielleicht war der Führung der Christlich Demokratischen Partei zu Ohren

gekommen, dass Herman, ein brillanter Ökonom und Intellektueller, sich überlegte, die Politik zu verlassen, vielleicht haben sie ihm ein Angebot gemacht, das er nicht ablehnen konnte. Herman blieb in der Politik. Er wurde zum Senator und trat der Regierung als Staatssekretär bei. Im Jahr 1988 wurde er zum Parteichef der regierenden Christdemokraten.

Unsere Wege kreuzten sich in Abständen bis 1990 immer wieder, als das belgische Parlament einem sehr liberalen Gesetz zur Abtreibung zustimmte. Der belgische König Baudouin (1930-1993), ein frommer Katholik, der unter der Tatsache litt, dass er und seine Frau keine Kinder bekommen konnten, erzählte seinen Freunden, dass er „lieber abdanken als das Gesetz unterzeichnen werde.“ Die belgischen Politiker waren davon überzeugt, dass der König bluffen würde, und wollten nicht, dass das belgische Volk etwas von den Einwänden des Königs gegen das Gesetz erfahren sollte. Ich schrieb darüber auf den Vorwort-Seiten des *Wall Street Journal* und wurde daraufhin von der belgischen Zeitung, für die ich damals arbeitete, ermahnt, nachdem es einen wütenden Anruf des damaligen belgischen Ministerpräsidenten, einem Christdemokraten, an meinen Herausgeber gegeben hatte, der der ehemalige Sprecher dieses Premierministers war. Ich durfte nicht mehr für ausländische Zeitungen über belgische Angelegenheiten schreiben.

Im April 1990 dankte der König in der Tat wegen der Abtreibungsfrage ab und die Christlich Demokratische Partei unter der Leitung von Herman Van Rompuy, der immer stolz darauf gewesen war, ein guter Katholik zu sein, hatte eines der liberalsten Abtreibungsgesetze in Europa, unterzeichnet von der gesamten Ministerriege, ein spezielles Verfahren der belgischen Verfassung, vorgesehen für den Fall, dass es keinen König gäbe. Dann wählten sie am folgenden Tag den König wieder zurück auf den Thron. Ich schrieb über die ganze Angelegenheit einen [kritischen Nachfolgeartikel](#) für das *Wall Street Journal* und wurde sofort danach von meiner Zeitung „wegen schwerer

Verfehlungen“ entlassen. Ein paar Wochen später traf ich Herman bei der Hochzeit eines gemeinsamen Freundes. Ich näherte mich ihm, um mit ihm zu plaudern. Ich konnte sehen, dass er sich sehr unwohl fühlte. Er vermied Augenkontakt und brach das Gespräch ab, sobald er konnte. Wir haben seitdem nicht mehr miteinander gesprochen.

Hermans politische Karriere setzte sich fort. Er wurde Belgiens Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, Sprecher des Abgeordnetenhauses und schließlich Premierminister. Er veröffentlichte weiterhin intellektuelle und intelligente Bücher, aber anstatt den Begriff des Guten zu verteidigen, verteidigte er nun das Konzept des „kleineren Übels.“ Und er fing an, Haiku (*A.d.Ü: japan. Gedichte*) zu schreiben.

Vor zwei Jahren befand sich Belgien in seiner tiefsten politischen Krise. Das Land war am Rande des Zusammenbruchs, nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2003, dass der bestehende Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV), der sowohl die zweisprachige Hauptstadt Brüssel als auch den umliegenden niederländisch sprechenden Landkreis von Halle-Vilvoorde umfasst, verfassungswidrig sei und dass das Parlament die Situation zu bereinigen habe. Das Urteil kam als Reaktion auf eine Beschwerde, dass der BHV-Bezirk verfassungswidrig sei und aufgeteilt werden sollte in einen zweisprachigen Wahlbezirk Brüssel und den niederländischsprachigen Wahlkreis Halle-Vilvoorde. Diese Beschwerde wurde geführt von ... Herman Van Rompuy, einem flämischen Einwohner des Bezirks Halle-Vilvoorde.

Im Jahr 2003 waren aber die Christdemokraten nicht an der Regierung und Herman war Führer der Opposition. Seine Beschwerde beabsichtigte der liberalen Regierung Belgiens politische Probleme zu bereiten, die sich geweigert hatte, den BHV-Bezirk aufzuteilen, weil die französisch sprechenden Parteien in der Regierung sich geweigert hatten, das Urteil des Obersten Gerichts zu akzeptieren. Die flämischen

Christdemokraten gingen im Juni 2007 in die allgemeinen Wahlen mit ihrem wichtigsten Thema, dem Versprechen, dass, sobald sie an der Regierung seien, *würde* der BHV aufgeteilt werden. Hermans Wahlkampf spitzte sich auf diese Frage zu, seine Partei gewann die Wahlen und wurde Flanderns stärkste Partei.

Belgiens politische Krise zog sich von Juni bis Dezember 2007, weil es sich als unmöglich erwies, eine gemeinsame Regierung bestehend aus genügend niederländisch sprechenden (Flamen) und französischsprachigen (Wallonen) Politikern zu bilden. Die Flamen forderten, dass der BHV aufgeteilt werden soll, wie dies vom Obersten Gerichtshof angewiesen wurde, die Wallonen weigerten sich, dies zu tun. Letztlich lenkten die flämischen Christdemokraten ein, brachen ihr Versprechen gegenüber ihren Wählern, und kamen überein, eine Regierung zu bilden, ohne den BHV zu spalten. Schlimmer noch: Die neue Regierung hat mehr Französisch sprechende als Niederländisch sprechende Minister, und verfügt nicht über die Unterstützung der Mehrheit der Flamen im Parlament, obwohl die Flamen eine 60%-Mehrheit der belgischen Bevölkerung ausmachen. Herman wurde Sprecher des Parlaments. In dieser Position musste er das Parlament daran hindern, insbesondere die flämischen Vertreter darin, einem Gesetzentwurf zur Aufteilung des BHV zuzustimmen. Dies gelang ihm, mit allen möglichen Tricks. Eines Tages hatte er sogar die [Schlösser des Plenarsitzungsraums verändert](#), so dass das Parlament nicht einberufen werden konnte, um über die Frage abzustimmen. Ein anderes Mal kam er eine ganze Woche lang nicht in sein Büro, um zu vermeiden, einen Brief öffnen zu müssen, der ihn aufforderte den Fall endlich zu bearbeiten. Seine Taktik funktionierte. Im Dezember 2008, als der belgische Premierminister im Anschluss an einen Finanzskandal zurücktreten musste, wurde Herman der neue Führer der überwiegend Französisch sprechenden Regierung, die nicht die Mehrheit der ethnischen Mehrheit der belgischen Bevölkerung repräsentierte. In den vergangenen elf Monaten ist es ihm geschickt gelungen, jede parlamentarische Abstimmung über die BHV-Angelegenheit zu vertagen, und damit eine Situation zu

verlängern, die der Oberste Gerichtshof als Reaktion auf seine Beschwerde im Jahr 2003, für verfassungswidrig erklärt hatte.



Jetzt ist Herman aufgebrochen um Europa zu führen. Wie Belgien, ist die Europäische Union eine undemokratische Institution, die kluge Führer braucht, die dazu fähig sind, alles was sie einmal geglaubt zu wissen haben, zu verleugnen, und die wissen, wie man Entscheidungen über die Menschen hinweg gegen den Willen des Volkes durchsetzt. Kümmere dich nicht um Demokratie, Moral oder Rechtsstaatlichkeit, unsere Respektspersonen wissen besser als wir, was gut für uns ist. Und Herman ist jetzt einer unserer Eliten. Er ist einen langen Weg gegangen seit den Tagen, als er vom Stil der belgischen Politik angewidert war.

Herman ist wie Saruman, der weise Zauberer in Tolkiens „Herr der Ringe“, der auf die andere Seite wechselte. Früher sorgte er sich um die Dinge, um die auch wir uns sorgten. Aber das gilt nicht mehr. Er hat sich selbst einen hohen Turm gebaut, von dem aus er über uns alle herrscht.

Paul Belien ist der Autor von [„A Throne in Belgium – Britain, the Saxe-Coburgs and the Belgianisation of Europe“](#), Imprint Academic, Exeter (UK), Charlottesville, VA (USA).

» PI: [Britin Catherine Ashton wird EU-Außenministerin](#)

Bis zu drei Jahre Gefängnis für Kopftuch-Zupfen



Die 54-jährige Amerikanerin Valerie Kenney (Foto) hat angeblich zwei Tage nach der Attentat-Serie in Fort Hood eine moslemische Frau diskriminiert, indem sie [an ihrem Kopftuch zupfte](#). Die bisher unbescholtene Valerie Kenney aus Chicago ist auf eine Kautions von 5000 US-Dollar freigekommen. Im Falle einer Verurteilung drohen ihr eine Geldstrafe über 23.000 Dollar und bis zu drei Jahre Gefängnis.

Bei der „Belästigten“ handelt es sich um die 18-jährige Amal Abusumayah, die gerade beim Einkaufen war, als sie auf Kenney traf, die im Einkaufszentrum ihrer Wut über den Terror in Fort Hood Luft machte. Sie soll mit lauter, erzürnter Stimme gesagt haben: „Der Mann, der geschossen hat, kam aus den Nahen Osten“ – schon dieser Ausspruch für Moslems ein No-Go. Zur eigentlichen „Tat“ kam es dann an der Kasse. Kenney soll sich Abusumayah von hinten angenähert und sie harsch am blau-beigen Kopftuch gezogen haben, das sich nur darum nicht löste, weil es festgebunden war. Aber der Kopf sei nach hinten gezogen worden, meinte die beleidigte Tuchträgerin.

Die in den USA aufgewachsene Abusumayah mit palästinensischem Migrationshintergrund verfolgte Kenney und rief die Polizei. Diese nahm die Kopftuchzupferin innerhalb von Minuten fest. Sie hat wohl wegen ihres „rassistischen, diskriminierenden Übergriffs“ mit der vollen Härte der Justiz zu rechnen, denn keine geringere Strafe, würde die aufgebrachten Moslems

befriedigen. Die Gerichtsverhandlung findet am 3. Dezember statt.

„Frauenschwimmen“ in Regensburg



Ein Fundstück aus der Eingangshalle des [Regensburger Hallenbades](#) schickte uns PI-Leser Benedikt. Er schreibt dazu: „Ich denke, das Bild spricht für sich und der wahre Adressat des Frauenschwimmens ist erkennbar.“ Also auch schon in der Heimatstadt des Papstes...

» Stadtwerke Regensburg: info@swr-regensburg.de

Berufung gegen Gebetsraumurteil



Berlins Schulsenator Jürgen Zöllner (SPD) wird gegen das „[Gebetsraumurteil](#)“ in die Berufung gehen. Dafür erhält er zwar die Unterstützung der Opposition, nicht aber aus der eigenen Partei. Sogar im Senat sollen mehrere Kollegen versucht haben, den Schulsenator umzustimmen, zum Beispiel Innensenator Ehrhart Körting (SPD).

Argument: Das Thema sei richtig und wichtig, aber dies sei der falsche Fall dafür. Und welcher Fall wäre richtig?

Der TAGESSPIEGEL [schreibt](#):

Der Senator betonte, er sehe den hohen Stellenwert der Religionsfreiheit, unterstrich aber auch den Unterrichts- und Erziehungsauftrag. Er habe zudem Zweifel an der Behauptung des Jungen, dieser sei streng gläubig und müsse deshalb noch vor Schulschluss beten. Viele Muslime legten zwei Gebete zusammen, das sei zumutbar.

Der fromme Junge benutzt den Raum nach Auskunft der Schulleiterin „äußerst selten“. Der ganze Prozess war also eine reine Machtdemonstration, und die Richter haben sich schön vorführen lassen.

Mittlerweile haben sich mindestens zwei weitere Schüler mit Gebetswünschen an ihre Schulen gewandt. Das geht aus der Antwort der Bildungsverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Mutlu hervor, die gestern veröffentlicht wurde. Danach möchte ein Schüler der 12. Klasse des Menzel-Gymnasiums in Tiergarten die Einrichtung eines Gebetsraums; einen ähnlichen Vorgang gebe es an der

Ernst-Reuter-Gesamtschule in Wedding.

Na wunderbar. Die Schleusentore öffnen sich.

(Danke an alle Spürnasen)



Muslime: „2012 ist eine Provokation gegen Islam“



Der neue Kinofilm des deutschen Regisseurs Roland Emmerich, der die meisten Menschheitssymbole der Erde computeranimiert zertrümmert, die Kaaba in Mekka aber ausdrücklich nicht ([PI berichtete](#)), hat nun trotzdem in der islamischen Welt für Entrüstung gesorgt. Muslimische Geistliche in Indonesien haben am Donnerstag den Actionfilm als [„Provokation gegen den Islam“](#) bezeichnet.

Der Grund: Auch die Kaaba in Mekka, das zentrale Heiligtum des Islam, kommt in der Weltzertrümmersequenz von Emmerich kurz ins Bild, gegen den Uhrzeigersinn umrundet von Pilgern. Und keinem Menschen wäre bei der allgemeinen Zerstörungs- und

Schnittgeschwindigkeit überhaupt aufgefallen, dass sie unangetastet bleibt.

Wir zeigen, wie es ausgesehen haben könnte, wenn die Kaaba in „2012“ wirklich zerstört worden wäre:

(Spürnase: Faust84)



Moishe dankt der EU





© 2009 by [Daniel Haw](#)



Daniel Haw ist Dramatiker, Maler, Komponist, Regisseur und Leiter des jüdischen Theaters Schachars in Hamburg. Nach einer graphischen und künstlerischen Ausbildung studierte der 51-Jährige in Kalifornien Schauspiel und Regie. Haw, Vater der jüdischen Comicfigur [Moishe Hundesohn](#), veröffentlicht seine Cartoons jeden Freitag exklusiv auf PI.

» [Alle Moishe-Cartoons auf PI](#)

Talibanistan: Achtjähriger Junge für 1500 Dollar

Trotz der großen Militärpräsenz der westlichen Welt hatten wir kürzlich über den Boom des Opiumhandels der radikalislamischen Taliban in ~~Talibanistan~~ Afghanistan [berichtet](#). Eine Dokumentation im Schweizer Fernsehen macht jetzt deutlich, wie problemlos der Kinderhandel funktioniert und wieviel Vertrauen die alte und neue Regierung bei der Bevölkerung genießt.

Das [Schweizer Fernsehen](#) berichtet:

[10vor10 vom 19.11.2009](#)

(Spürnase Florian G.)